

Markus Weingardt / Renke Brahms / Horst Scheffler

**Die Zukunft der protestantischen
Friedensarbeit in Deutschland**

Ein Diskussionspapier

Tübingen/Bonn/Bremen, Januar 2012

Die Zukunft der protestantischen Friedensarbeit in Deutschland

Ein Diskussionspapier¹

Ausgearbeitet von

Dr. Markus Weingardt, Referent für Friedens- und Konfliktforschung an der Forschungsstätte der Evang. Studiengemeinschaft FEST/Heidelberg (2006-2011) und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Weltethos/Tübingen (*copyright*)

Renke Brahms, Leitender Geistlicher der Bremischen Evangelischen Kirche und Beauftragter für Friedensarbeit des Rates der EKD

Horst Scheffler, Leitender Militärdekan a.D. und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und des Vereins für Friedensarbeit im Raum der EKD

A	Ausgangslage und aktuelle Entwicklungen	S. 4
B	Bedeutung kirchlicher Friedensarbeit	S. 8
C	Zusammenfassung: Notwendigkeiten und Forderungen	S. 17
D	Schlussbemerkung	S. 20

¹ Download unter www.agdf.de.

A Ausgangslage und aktuelle Entwicklungen

Im Jahr 2007 erschien die weithin beachtete Denkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“.²

Im Jahr 2008 hat der EKD-Rat erstmals einen Beauftragten für Friedensarbeit ernannt und dazu den Leitenden Geistlichen der Bremischen Landeskirche berufen.

Im Januar 2009 trat zum ersten Mal die jährlich stattfindende „Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD“ zusammen. Ihr gehören die Friedensbeauftragten der EKD-Gliedkirchen sowie Vertreter von EKD, kirchlichen Trägern der Friedensarbeit und damit verbundenen Institutionen an (z.B. Ev. Entwicklungsdienst, Ev. Akademien, FEST).

Wenig später gründete sich der „Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD“, ein Trägerverein für die nunmehr gemeinsame Geschäftsstelle von AGDF und EAK.³

Dies waren vier wichtige und hilfreiche Maßnahmen mit dem ausdrücklichen Ziel der EKD-Leitung, die kirchlich-evangelische Friedensarbeit „zu bündeln und zu stärken“⁴. Damit reagierte die EKD auch auf die seit langem beobachtbare Entwicklung, dass „das Friedensthema in der Kirche derzeit eher ein Thema einer Minderheit [ist], an deren Sichtbarkeit es mangelt“.⁵

Die Friedensarbeit im Raum der EKD basiert jedoch wesentlich auf der Friedensarbeit „vor Ort“, d.h. in den 22 Glied- bzw. Landeskirchen, den Kirchenbezirken und Kirchengemeinden – also im Verantwortungsbereich nicht nur der EKD, sondern der Gliedkirchenleitungen. Die Zuständigkeit für Friedensarbeit ist landeskirchlichen Arbeitsstellen oder Beauftragten für Friedensarbeit übertragen. In der Regel ist diese Beauftragung mit weiteren Zuständigkeiten für Kriegsdienstverwei-

² Gütersloher Verlagshaus; download unter www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf. Die Denkschrift wurde erarbeitet von den Mitgliedern der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung, und vom Rat der EKD einstimmig verabschiedet.

³ AGDF = Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden; EAK = Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden; Sitz der gemeinsamen Geschäftsstelle ist in Bonn. Mitglieder des Vereins sind VertreterInnen von AGDF, EAK und EKD.

⁴ Vgl. das EKD-Strategiepapier „Struktur der Friedensarbeit im Raum der EKD“ in der Fassung vom 7.9.2007, angenommen vom Rat der EKD in seiner Sitzung am 23./24.2.2007.

⁵ Abschlussbericht zu einer Konferenz kirchlicher bzw. kirchennaher Träger der Friedensarbeit (Evang. Entwicklungsdienst, Brot für die Welt, Weltfriedensdienst, Eirene, EAK, AGDF, EKD, Misereor u.a.m.) im Oktober 2009.

gerer, Freiwillige im Sozialen Jahr, Umweltfragen, Bildungsaufgaben, innerkirchliche Konfliktbearbeitung und/oder andere Zusatzaufgaben verbunden. In Einzelfällen sind bis zu zwei Vollstellen für diese Arbeit gewährt, in anderen Gliedkirchen wird die Friedensbeauftragung neben- oder ehrenamtlich wahrgenommen. Viele der landeskirchlichen Beauftragten für Friedensarbeit, KDV, Gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Versöhnungsarbeit sind in der EAK vernetzt und stimmen dort ihre Arbeit und gemeinsame Projekte ab. Darüber hinaus gibt es etliche kirchliche oder kirchennahe Friedensinitiativen und -organisationen, die zumeist bundesweit agieren bzw. vernetzt sind und unter dem Dach der AGDF versammelt sind. Hinzu kommt die wissenschaftliche Friedensforschung an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST (Heidelberg).

Auf gliedkirchlicher Ebene gab oder gibt es Diskussionen, die Deputate für Friedensarbeit zu reduzieren und sie damit erheblich und auf Jahre hinaus zu schwächen. Derartige Entscheidungen beeinflussen die kirchliche Friedensarbeit auf absehbare Zukunft maßgeblich. Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung.

Die aktuelle Entwicklung hat insbesondere drei Ursachen:

- a) *Sparmaßnahmen*: Angesichts geringerer Kirchensteuereinnahmen sind alle Gliedkirchen zu Ausgabenkürzungen gezwungen. Diese Kürzungen betreffen teilweise auch die Friedensarbeit.
- b) Die überraschend frühzeitige *Aussetzung der Wehrpflicht* und damit auch des Zivildienstes. Die meisten landeskirchlichen Beauftragungen für Friedensarbeit sind verknüpft mit Beauftragungen für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende. Mit dem Wegfallen dieser Arbeitsbereiche stehen auch die freiwerdenden Stellendeputate zur Disposition.
- c) Das *Ende der ÖRK-Dekade „Überwindung von Gewalt“* mit der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation im Mai 2011 in Kingston/Jamaica. Für die Arbeit im Rahmen der Dekade wurden in manchen Landeskirchen (Teilzeit-) Stellen eingerichtet, deren Zukunft mit dem Ende der Dekade völlig offen ist.

Angesichts dieser Entwicklungen sind Entscheidungen über die zukünftige kirchliche Friedensarbeit unausweichlich. Da aber *jetzt* die Weichen gestellt werden, müssen auch *jetzt* die nötigen inhaltlichen Diskussionen geführt werden. Ohne diese in-

haltliche Auseinandersetzung wird über die Zukunft der Friedensarbeit alleine unter finanz- bzw. sparpolitischen Aspekten entschieden – was, wie bereits zu beobachten ist, eine Reduzierung und Schwächung der ohnehin knapp ausgestatteten Friedensarbeit bedeutet.

Wir halten diese Art der Entscheidungsfindung und Einsparmaßnahmen im Bereich der Friedensarbeit – heute und zukünftig – für inakzeptabel:

→ Beides wird dem Frieden als einer Kernbotschaft Jesu in Lehren und Wirken in keiner Weise gerecht; Jesu unmissverständliche Aufforderung, Frieden zu stiften, gilt für jeden einzelnen Christenmensch, aber nicht weniger für die Kirche als „Leib Christi“. In diesem – theologisch unbestritten zentralen – Auftrag haben die Kirchen in der Geschichte vielfach versagt und sich schuldig gemacht, gerade in Deutschland. Dieses Versagen rührte *auch* aus Verdrängung, aus mangelnder Beschäftigung mit Fragen von Frieden und Konflikt. Dies muss uns Mahnung sein, richtige Lehren aus der Vergangenheit – die Etablierung kirchlicher Friedensarbeit – nicht leichtfertig wieder über Bord zu werfen.

→ Eine zu knappe Ausstattung der Friedensarbeit steht im Widerspruch zu den stetig zunehmenden friedenspolitischen Heraus- und Anforderungen – auch und besonders an die Kirchen, bei denen viele Menschen Orientierung suchen. Angesichts der zahlreichen, zunehmend global wirkenden Krisen, Konflikte und Kriege weltweit (aktuell z.B. in Nordafrika und Nah- bzw. Mittelost), aber auch angesichts der innergesellschaftlichen Entwicklungen (z.B. Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Islamophobie) wäre es eine gänzlich verkehrte Politik und ein verheerendes Signal nach innen wie außen, die kirchliche Friedensarbeit zu reduzieren. Im Gegenteil: Die Friedensbemühungen müssen gestärkt und ausgebaut werden!

→ Eine Schwächung der Friedensarbeit auf landeskirchlicher Ebene konterkariert die verschiedenen Maßnahmen auf EKD-Ebene, die kirchliche Friedensarbeit nachhaltig zu *stärken*. Der neue Schwung für kirchliche Friedensarbeit wird zu nichte gemacht, engagierte Haupt- und Ehrenamtliche werden ausgebremst und ihr Einsatz faktisch für verzichtbar erachtet.

Einige Gründe dafür sollen im Folgenden ausgeführt und mit der gegenwärtigen kirchlichen Realität abgeglichen werden. Wir sind uns dabei der kirchlichen Spar-

zwänge durchaus bewusst, auch aus eigener Betroffenheit. Gleichwohl wenden wir uns dagegen, dass die Arbeit für den Frieden – innerhalb und außerhalb der Kirche – als nachrangig und faktisch vernachlässigbar, ja verzichtbar behandelt wird. Frieden ist zentral, nicht marginal. Und darum darf Friedensarbeit auch und gerade in schwierigen Zeiten nicht zur Disposition stehen und finanzpolitischen Erwägungen geopfert werden.

Unsere Ausführungen münden darum in die Benennung einiger Notwendigkeiten bzw. Forderungen, die wir für unverzichtbar halten, wenn mit dem theologischen und kirchlichen Friedensanspruch ernst gemacht werden soll.

Bei diesen Ausführungen handelt es sich nicht um eine abschließende oder umfassende Darstellung. Bewusst ist das Format eines *Diskussionspapiers* gewählt: Unser Anliegen ist, mit diesem Papier eine intensive Diskussion über Bedeutung, Inhalt und Zukunft der protestantischen Friedensarbeit in Deutschland anzustoßen bzw. inhaltlich anzuregen. Wir richten uns dabei sowohl an die Leitungsebenen in den Gliedkirchen und Kirchenbezirken als auch an die landeskirchlichen Friedensbeauftragten, die Friedensorganisationen und -initiativen und alle ehrenamtlichen Friedensengagierten und Friedensinteressierten im Raum der evangelischen Kirche.

B Bedeutung kirchlicher Friedensarbeit:

Welche theologische und praktisch-kirchliche Bedeutung wird dem Engagement für Frieden beigemessen?

Was ist der Anspruch – was folgt für die Praxis?

Im Folgenden soll es darum gehen, zunächst den eigenen kirchlichen Anspruch an Friedensarbeit und Friedensförderung zu identifizieren – und daran dann die reale Situation und die gegenwärtigen Entwicklungen im Raum der EKD zu messen. Als Grundlage hierfür bietet sich die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ in besonderer Weise an: Zum einen werden in der Friedensdenkschrift zentrale theologische, kirchlich relevante und friedenspolitische bzw. friedensethische Überlegungen formuliert und diskutiert. Zum anderen spiegelt die Friedensdenkschrift einen breiten kirchlichen Konsens wider und hat im Raum der EKD, auch bei leitenden Geistlichen, breite Zustimmung gefunden. Ferner markiert sie den programmatischen Beginn der eingangs erläuterten EKD-Initiative zur „Bündelung und Stärkung“ der protestantischen Friedensarbeit in Deutschland.

Freilich wurden auch manche Defizite der Friedensdenkschrift benannt, die teilweise für das Format einer Denkschrift unvermeidlich sein mögen. Gleichwohl ist zu konstatieren, dass die Denkschrift in der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung und im Rat der EKD einhellige Zustimmung gefunden hat, in seinen wesentlichen Aussagen mithin als akzeptiert gelten kann. Es geht an dieser Stelle zudem nicht um eine Kritik der Friedensdenkschrift oder einzelner Passagen derselben. Vielmehr werden einige zentrale Aussagen herangezogen, um daran den gegenwärtigen (weitgehenden) Konsens hinsichtlich des kirchlichen Friedensanspruchs zu veranschaulichen und zu verdeutlichen. Wir betrachten die Friedensdenkschrift also als geeignete und legitime „Messlatte“ für das kirchliche Friedenshandeln. Sie ist darum die Grundlage für die weiterführenden Folgerungen und Forderungen.

1. „Für die EKD bildet der Frieden von Anfang an ein **herausragendes Thema öffentlicher Verantwortung**.“ So eröffnete der damalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber sein Vorwort zur Denkschrift. Dies bekräftigend beginnt die Einleitung mit dem Satz (Nr. 1)⁶: „Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine **immerwährende Aufgabe**.“

Frieden als „herausragendes Thema“ und „immerwährende Aufgabe“: deutlicher kann die Bedeutung des Friedens und der Friedensarbeit nicht formuliert werden. Friedensarbeit ist eine theologische wie gesellschaftspolitische Verantwortung und Verpflichtung. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe darf nicht vom theologischen wie gesellschaftlichen Zeitgeist oder von schwankenden bzw. zurückgehenden Einnahmen abhängig sein. Vielmehr muss Friedensarbeit als zentrale und vordringliche Zukunftsaufgabe der Kirche begriffen werden; das Friedenszeugnis muss von Rand in die Mitte der Kirche gerückt werden.

Tatsächlich ist festzustellen:

- 1.1 Friedensarbeit kann weder von innen noch von außen als *herausragendes Thema* (in) der Kirche wahrgenommen werden. Die protestantischen Kirchen stehen heute nicht im Ruf von „Friedenskirchen“, auf deren historische Vertreter (Mennoniten, Quäker, Bruderkirche) gerne hingewiesen wird. Längst ist die Zeit vorbei, in der kirchliche oder kirchennahe Friedensgruppen die Motoren der deutschen Friedensbewegung waren. Frieden ist, wie eingangs zitiert, nur noch für eine kleine, wenig sichtbare und zudem immer ältere Minderheit in der Kirche von Bedeutung. Da der Frieden für Christen aber eine „immerwährende“ und vom Zeitgeist unabhängige Aufgabe sein muss, kann der häufige Verweis auf die vergleichbare gesamtgesellschaftliche Entwicklung hier nichts entschuldigen.

Die mangelnde und nachlassende Friedensbedeutung ist sowohl an der Basis der Kirchenmitglieder und Ehrenamtlichen als auch bei hauptamtlichen Kirchenmitarbeitern zu beobachten. Auch PfarrerInnen und VikarInnen widmen

⁶ Die in Klammern angegebenen Nummern beziehen sich auf die entsprechende Nummerierung der Absätze in der Friedensdenkschrift.

sich vorzugsweise anderen Themen und Aufgaben und zeigen häufig wenig Interesse für Friedensthemen. Es herrscht große Unkenntnis, auch über die Akteure, Strukturen und Ansprechpartner innerhalb der kirchlichen Friedensarbeit. Friedenstheologie und Friedensarbeit spielen in Studium und zweiter Ausbildungsphase kaum eine Rolle. Nur sehr vereinzelt wurde die Thematik – mehr oder minder umfassend – in das Curriculum der Vikarsausbildung in den Gliedkirchen aufgenommen; überwiegend jedoch wird dafür nicht einmal ein halber Tag in der langjährigen Ausbildungsphase für nötig befunden. Auch ein weiter gefasstes Verständnis von Friedensarbeit als *Umgang mit Konflikten*, einer für alle hauptamtlichen Mitarbeiter alltäglich relevanten Problematik, ist in der Ausbildung von PfarrerInnen kaum berücksichtigt. Damit wird ihnen eine wesentliche Kompetenz für die tägliche gemeindliche Arbeitspraxis vorenthalten. Nochmals: Frieden/Umgang mit Konflikten ist nicht nebensächlich und disponibel; beides ist zentral und fundamental – theologisch wie arbeitspraktisch. Dem muss Rechnung getragen werden. Überdies werden alle friedensbezogenen Initiativen – ob seitens der EKD oder von engagierten Gemeindemitgliedern – ins Leere laufen, wenn Sie von den PfarrerInnen in den Gemeinden nicht aufgegriffen und (zumindest ideell) unterstützt werden.

- 1.2 Die knappe personelle Ausstattung der Friedensarbeit macht deutlich, dass der Friedensarbeit keineswegs eine herausragende kirchliche Rolle zukommt. Durch die erwähnte Verknüpfung der gliedkirchlichen Beauftragungen für Friedensarbeit mit anderen Zuständigkeiten stehen faktisch geringere Kapazitäten für die eigentliche Arbeit an Friedensthemen bzw. konstruktiver Konfliktbearbeitung zur Verfügung als nominell scheinen mag. Gerade in Situationen oder Regionen, in denen diesbezüglich Aufbauarbeit geleistet werden muss und nicht auf aktive Initiativen und Netzwerke zurückgegriffen werden kann, ist eine effektive und sichtbare Arbeit unter solchen Bedingungen nicht leistbar. Dies gilt umso mehr, wenn die Friedensbeauftragung neben- oder ehrenamtlich wahrgenommen wird. Auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Größe und Strukturen der Gliedkirchen gilt, dass die Ressourcen in keiner Weise ausreichen, um den vielfältigen Anforderungen an kirchliche Friedensarbeit gerecht

zu werden. Ähnlich unsinnig wäre es, für eine Landeskirche nur einen einzigen Kirchenmusiker anzustellen, das leuchtet jedem unmittelbar ein; warum aber wird dann im Bereich der Friedensarbeit genau dies praktiziert und hingenommen?

Auch in den Debatten über Sparmaßnahmen und Stellenstreichungen nimmt die Friedensarbeit keine herausgehobene Rolle ein. Sie ist wie andere kirchliche Arbeitsbereiche in erster Linie finanzpolitischen Erwägungen unterworfen und zumeist in gleicher Weise (oder stärker) von Kürzungen betroffen. Gerade das Ende der ÖRK-Dekade und die Aussetzung des Zivildienstes dürfen nicht zu Einsparungen genutzt werden, indem Deputate gestrichen oder gekürzt werden (sollen). Das ist kein akzeptabler Umgang mit einem „herausragenden Thema“ kirchlicher Verantwortung.

2. *Die beschlossenen oder drohenden Kürzungen stehen im Widerspruch zu einer **nachhaltigen und weitsichtigen Friedensarbeit**. Die Denkschrift betont: „Im Sinne nachhaltiger Friedenspolitik kommt es darauf an, dass die Gesamtheit der Aktivitäten gefördert und offiziell politisch unterstützt wird.“ (177) Und an anderer Stelle: „Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet, auf Weitsicht und Langfristigkeit zu setzen.“ (183; vgl. 7)*

Nachhaltige und weitsichtige Friedensarbeit erfordert eine gleichermaßen nachhaltige und weitsichtige kirchliche „Friedensarbeitspolitik“, d.h. eine dauerhafte, gesicherte und personell wie finanziell angemessene Ausstattung. Eine professionelle und dauerhaft wirksame landeskirchliche Friedensarbeit, die sich der vielfältigen Aktivitäten (vgl. Punkt 3) widmen soll und möchte, zudem auf dem gesamten Gebiet einer Gliedkirche, kann unmöglich mit einem 50%-Deputat, geschweige denn im Neben- oder gar Ehrenamt geleistet werden. Es steht außer Frage, dass die Präsenz von PfarrerInnen in den Gemeinden von größter Bedeutung ist; auch die Anstellung zahlreicher hauptamtlicher Kirchenmusiker, von Küstern oder Klinikseelsorgern wird selbstverständlich und völlig zu Recht für unverzichtbar erachtet. Die Präsenz von Fachleuten für Friedensarbeit einschließlich konstruktiver Konfliktbearbeitung

wird weitgehend hingegen faktisch für unwichtig, ja verzichtbar erachtet – oder diese hoch anspruchsvolle Arbeit soll „nebenbei“ geleistet werden. Warum diese Ungleichbehandlung? Es ist eine politische und/oder ökonomische Entscheidung, wenn sich Gliedkirchen mit einem „halben“ oder einem ehrenamtlichen Friedensbeauftragten bescheiden. Wenn Kirchenleitungen oder Synoden bspw. beschließen, dass die Friedensarbeit für über 2 Millionen Kirchenmitglieder mit einer 50%-Stelle zu leisten sein müsse, kann Frieden jedenfalls nicht als ein Schwerpunkt kirchlicher Arbeit bezeichnet werden, geschweige denn als ein „herausragendes Thema“ der Kirche. Eine solch geringes Deputat ist noch nicht einmal ausreichend, um den ehren- und nebenamtlichen Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken ein Minimum an hauptamtlicher Unterstützung angedeihen zu lassen.

Mitunter wird eingewandt, Friedensarbeit sei eine „Querschnittsaufgabe“ aller kirchlichen Mitarbeiter und bedürfe daher keiner besonderen Beauftragungen bzw. Ausstattung. Wir betonen: Friedensarbeit ist in der Tat auch eine Querschnittsaufgabe. Doch droht dieses Argument oft zu einer Umschreibung für faktische Marginalisierung zu werden – in den Kirchengemeinden ebenso wie auf landeskirchlicher Ebene. Wenn alles Frieden ist, ist am Ende nichts mehr Frieden; und wenn alle Friedensarbeit machen, macht sie am Ende niemand mehr. Keiner käme heute auf die Idee, dass PfarrerInnen fachlich und zeitlich in der Lage sein müssten, nebenbei auch den Kirchenchor zu leiten. Friedensarbeit/Konfliktbearbeitung ist aber nicht weniger anspruchsvoll und erfordert nicht weniger Professionalität. Sie erfordert Kenntnisse, Kompetenzen und ausreichende zeitliche Kapazitäten. Diese müssen ermöglicht bzw. bereitgestellt und also auch finanziert werden.

Nachhaltigkeit und Weitsicht erfordern insbesondere die Sensibilisierung bzw. Gewinnung des „Nachwuchses“ für Friedensthemen, d.h. insbesondere der VikarInnen und der Jugendlichen. Es ist darum nicht nachvollziehbar, wenn Friedensthemen und konstruktive Konfliktbearbeitung nicht verbindlich in die Curricula der Vikarsausbildung aufgenommen werden. Beides müssen auch feste Bestandteile des Religions- und Konfirmationsunterrichts sein – insbesondere angesichts der zunehmenden Präsenz der Bundeswehr an Schulen, der Verbreitung gewaltverherrlicher Computerspiele oder der wachsenden multireligiösen Prägung unserer Gesellschaft. Ebenso müssen erfolgreiche Projekte im Bereich der Jugendarbeit nach

Kräften gefördert und verbreitet werden, so z.B. das von der Konferenz für Friedensarbeit empfohlene Projekt „Jugendliche werden FriedensstifterInnen“.

Damit Friedensworte, Friedensgottesdienste, Friedensgebete, Friedensdekaden, Friedensdenkschriften, Friedenskonvokationen und dergleichen auf fruchtbaren Boden fallen, muss der Boden vorbereitet werden. Das bedarf einer langfristigen und nicht nachlassenden Bewusstmachungsarbeit unter Ehren- wie Hauptamtlichen an der Kirchenbasis. Eine angemessene, professionelle Ausstattung und Ausgestaltung der Friedensarbeit auf allen kirchlichen Ebenen ist unerlässlich, um an der Basis Sensibilität und Empfänglichkeit für Friedensthemen zu wecken und Aktivitäten zu entwickeln. Andernfalls drohen Abstumpfung und Gleichgültigkeit gegenüber Konflikten, Gewalt und Kriegen, seien sie im eigenen Umfeld oder in fernen Ländern. Dies dürfen die Kirchen aus theologischen, ethischen und politischen Gründen nicht hinnehmen; sie müssen sich mit allen Kräften dagegen stemmen. Es geht um Menschenleben – und nicht zuletzt um die eigene Glaubwürdigkeit.

- 3. Das Plädoyer für Vorrang und Ausbau der **Zivilen Konfliktbearbeitung** durchzieht die gesamte Friedensdenkschrift: „Im Rahmen des Konzepts des gerechten Friedens ist zivile Konfliktbearbeitung eine vorrangige Aufgabe.“ (170) Entsprechende kirchliche (und nichtkirchliche) Aktivitäten „müssen gestärkt werden“ (171). Insbesondere werden genannt (177): Präventionsarbeit, interreligiöser Dialog, Mediation, friedenspädagogische Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung, Friedensforschung u.a.m.*

Zivile Konfliktbearbeitung ist die Idee, Lehre und Praxis einer Alternative zu gewaltsamen Konfliktaustragungsformen. Sie umfasst ebenso Gewaltprävention (z.B. durch Friedenserziehung oder Entwicklungsarbeit) wie Konfliktvermittlung (z.B. Mediation, Streitschlichtung) und Konfliktnachsorge (z.B. Versöhnungsarbeit, Vergangenheitsbearbeitung), ist also auf langfristiges Engagement angelegt. Der Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung ist mit einem „Rückbau“ der kirchlichen Friedensarbeit nicht zu vereinbaren. Die Kirche muss vielmehr Vorreiter sein, um ihren berechtigten politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen und mit gutem Beispiel voran-

zugehen. Was von der Politik gefordert wird, muss im eigenen Haus vorgemacht werden. Darum müssen Methoden der konstruktiven Konfliktbearbeitung auch innerhalb der Kirche noch viel mehr bekannt gemacht und praktiziert werden. Der gewaltlose Umgang mit Konflikten ist in den Schulen und in der Jugendarbeit zu lehren und zu üben. Stellungnahmen und Aktivitäten zu drängenden gesellschaftlichen Konflikten – Jugendgewalt, Rassismus, Rechtsextremismus, Gewalt gegen alte Menschen, die Schere zwischen Arm und Reich, der Dialog mit anderen Religionen u.a.m. – können nicht sämtlich von PfarrerInnen neben den vielfältigen Aufgaben des Pfarrdienstes geleistet werden; ebenso wenig von einzelnen Friedensbeauftragten für Hunderttausende Gliedkirchenmitglieder. Hier ist viel mehr Unterstützung und Anregung gefordert, sonst werden die Kirchen gesellschaftspolitisch zunehmend marginalisiert und irrelevant werden. Dies kann nicht unser Anspruch sein.

Konflikte konstruktiv, d.h. ohne Gewalt oder andere Macht- und Druckmittel zu lösen, ist eine höchst anspruchsvolle Aufgabe. Sie kann und muss gelehrt und gelernt werden. Darum müssen Mitarbeiter und Multiplikatoren professionell geschult und ihre Fortbildungen finanziert werden. Sie müssen Ressourcen vorhalten, um in akuten (gesellschaftlichen oder innerkirchlichen) Konflikten aktiv intervenieren oder hörbar Stellung nehmen zu können. Zivile Konfliktbearbeitung ist aber nicht alleine Praxis, sondern bedarf auch der steten inhaltlich-konzeptionellen Weiterentwicklung und Forschung. Die hierfür nötige Expertise wird nur bedingt von nichtkirchlichen wissenschaftlichen Einrichtungen angeboten. Darum ist ein Ausbau der spezifisch religionsbezogenen Friedensforschung erforderlich.

Die zahlreichen kirchlichen Friedensgruppen und -organisationen sind unverzichtbar, ihre Vernetzung und Förderung ist existentiell. Gleichwohl darf zivile Konfliktbearbeitung bzw. Friedensarbeit nicht leichthin an diese innerkirchlichen (oder säkularen) Träger delegiert werden. Jede Gliedkirche und jede Kirchengemeinde bleibt in der Verantwortung entsprechend der jeweiligen Gegebenheit und Konflikte vor Ort. Kein Christ und auch keine Gemeinde oder Landeskirche kann diese Verantwortung abtreten.

4. *Die Kirchen tragen eine **gesellschaftliche und politische Mitverantwortung**, insbesondere in Friedensfragen. Zur Neuausrichtung der Bundeswehr bemerkt die Denkschrift zutreffend, dies erfordere „ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept, das bisher noch nicht hinreichend erkennbar ist“ (149, vgl. 150). Ebenso sei „eine breite öffentliche Debatte ... erforderlich“ (Nr. 156).*

Am Beispiel der Bundeswehr wird die Chance und Notwendigkeit deutlich, dass sich die Kirchen aktiv und vernehmbar in die politische und öffentlich-gesellschaftliche Debatte um Krieg und Frieden einbringen. Dies gilt für internationale (z.B. Nordafrika, Mittelost) wie für innergesellschaftliche (z.B. Rechtsradikalismus) Konflikte. Kirche kann und muss in diesen Diskussionen eine wichtige, vernehmbare und Orientierung gebende Stimme sein. Das Feld der öffentlichen Meinungsbildung darf nicht alleine säkularen Akteuren überlassen werden, nicht den Politikern oder politischen Scharfmachern, aber auch nicht alleine säkularen Friedensgruppen. Kirche hat anderes zu bieten, hat andere Kompetenzen und Möglichkeiten. „Aus Gottes Frieden leben“ ist nicht zufällig der Forderung „für gerechten Frieden sorgen“ vorangestellt: markiert dies doch die Quelle und Basis unserer Friedensarbeit, einer Quelle, die zutiefst „vernünftig“ und zugleich „höher als alle Vernunft“ ist. Beides muss in die Debatte eingebracht werden, doch kann dies nur durch die Kirchen und die kirchliche Friedensarbeit geleistet werden.

Dies kann jedoch nicht alleine auf der Ebene der EKD-Leitung oder durch den EKD-Friedensbeauftragten, sondern muss auf *allen* kirchlichen Ebenen geschehen. Auch die leitenden landeskirchlichen Geistlichen, die PfarrerInnen und schließlich die Kirchenmitglieder an der Basis sind aufgefordert, sich am Arbeitsplatz, im Freundeskreis, in Gottesdiensten, in der Öffentlichkeit oder gegenüber ihren gewählten Volksvertretern zu Wort zu melden. Dazu müssen sie jedoch befähigt werden; es genügt nicht, auf Aktivitäten aus eigenem Antrieb zu hoffen. Bei aller Motivation und Leidenschaft für Friedensthemen bedarf es dennoch der Hilfestellung. Informationen müssen verständlich aufbereitet und bereitgestellt werden. Kenntnisse, Kompetenzen und Kontakte müssen vermittelt werden. Die hierfür nötige Expertise muss erarbeitet oder eingeholt werden, das ehrenamtliche Engagement muss unterstützt und gefördert werden, Fortbildungen (für Haupt- und Ehrenamtliche) müssen

angeboten und finanziell gefördert werden. All dies ist nicht „nebenbei“ und zum Nulltarif zu leisten. Kirchliche Friedensinstitutionen, auch Friedensbeauftragte leisten dafür nach Kräften wesentliche Hilfe, doch entsprechen ihre personellen und finanziellen Kapazitäten bei Weitem nicht den vielfältigen Anforderungen und Aufgaben. Vielmehr drohen sie von dieser Fülle erdrückt zu werden. Hier ist erhebliches Mehrengagement vonnöten. Professionelle Friedensarbeit hat, genau wie professionelle Gemeindegarbeit, ihren Preis – aber auch ihren Wert.

Einen hohen Preis haben auch kirchliche Medien – aber einen friedenspolitisch bislang geringen Wert. Dabei kommt ihnen gerade im Blick auf öffentliche Debatten und diesbezüglicher Information und Aufklärung eine besondere Rolle zu. Wöchentlich oder monatlich werden auf allen kirchlichen Ebenen zahllose Gemeindebriefe, Kirchenzeitungen oder Zeitschriften publiziert. Friedensthemen oder die Praxis (landes-) kirchlicher Friedensarbeit kommen darin jedoch nur selten vor, sind ein Thema mit „mangelnder Sichtbarkeit“. Frieden steht nicht auf der Agenda der (kirchlichen) Medien, jedenfalls nicht sehr weit oben. Doch welche, wenn nicht die *kirchlichen* Medien sind geeignet, um die kirchlichen Aktivitäten, Angebote, Stellungnahmen etc. bekannt zu machen, zu diskutieren und zu kritisieren, entsprechende Projekte aus aller Welt oder neueste Forschungsergebnisse zu präsentieren? Alle Medien, doch insbesondere kirchliche Medien sind aufgefordert, Friedensarbeit und kirchliche Stellungnahmen viel mehr wahrzunehmen, sie damit zugleich öffentlich wertzuschätzen und durch kritische Berichterstattung zu unterstützen.

C Zusammenfassung:

Welche Notwendigkeiten und Forderungen ergeben sich aus den Befunden zum Zustand der kirchlichen Friedensarbeit bzw. zur aktuellen Entwicklung?

1. Frieden ist eine herausragende theologische und gesellschaftspolitische Verantwortung und Verpflichtung der Kirchen. „Aus Gottes Frieden Leben“ markiert die Quelle unseres Friedens; „für gerechten Frieden sorgen“ verweist auf die über Gottesdienst und Kirche bzw. Kirchengemeinde hinausreichende Verantwortung in und für diese Welt. Diese Verantwortung kann nicht relativiert, abgetreten oder delegiert werden. Sie verlangt konsequentes, kraftvolles und dauerhaftes Engagement – auf allen kirchlichen Ebenen.
2. Frieden muss als zentrale und vordringliche Zukunftsaufgabe der Kirche begriffen werden. Anspruch der Kirchen muss es sein, als „Kirche des Friedens“ sichtbar zu sein, d.h. Motor und Mitgestalter der nationalen und internationalen Friedensbewegungen und -bemühungen. Frieden ist nicht nur eines unter vielen theologisch oder kirchlich wichtigen Themen. Frieden ist von herausragender Bedeutung, die sich in theologischer Ausbildung und kirchlicher Praxis, in Strukturen und personeller wie finanzieller Ausstattung niederschlagen muss – auf allen kirchlichen Ebenen.
3. Die Landeskirchen sollten das Anliegen der EKD, die kirchliche Friedensarbeit zu stärken, zu fördern und auszubauen, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich unterstützen und umsetzen. Professionelle, nachhaltige und weitsichtige Friedensarbeit braucht angemessene Ressourcen. Ein Verhältnis von 2 Vollzeitstellen für Friedensarbeit (ohne Zusatzbeauftragungen!) pro Million Kirchenmitglieder ist als Minimum der bevölkerungsstarken Gliedkirchen anzusehen, auch in finanziell angespannten Zeiten.
4. (Weitere) Kürzungen der Friedensarbeit sind unter keinen Umständen hinzunehmen. Die bisher bestehenden Deputate für die Arbeit im Rahmen der ÖRK-Dekade „Überwindung von Gewalt“ sowie zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden dürfen nicht gestrichen, sondern sollten umgewidmet werden zugunsten dezidierter Friedensarbeit.

5. Im Blick auf die ÖRK-Dekade „Überwindung von Gewalt“ gilt in besonderer Weise, dass die Früchte aus den vergangenen zehn Jahren – hervorragende Projekte, vielfältiges Engagement, Kontakte und Vernetzung (z.B. Offenes Forum), wichtige Erfahrungen und Expertise u.a.m. – nicht leichtfertig aufgegeben werden dürfen. Die Friedenskonvokation in Kingston/Jamaica (Mai 2011) war ein Erntedank- und Aussaatfest. Die Früchte der Vergangenheit sind die Samen der Zukunft. Doch dies bedarf der kontinuierlichen Arbeit und Pflege, zumal wenn der Boden vielfach steinig und erst noch zu bereiten ist. Darum muss die Weiterarbeit an Friedensthemen im Rahmen der kirchlichen Friedensarbeit oder einer neuen, thematisch anschließenden ÖRK-Dekade gewährleistet sein.
6. Die Ausbildung und Anstellung von Friedensfachkräften und Fachleuten in konstruktiver Konfliktbearbeitung sollte ausgeweitet und stärker gefördert werden, ungeachtet der unzureichenden Mittel im Rahmen des „Aktionsplans Krisenprävention“ der Bundesregierung.
7. PfarrerInnen müssen – in theologischer wie politischer Hinsicht – Antwort geben können auf die drängenden friedenspolitischen Fragen unserer Zeit, insbesondere angesichts zahlreicher religiös geprägter Konflikte, aber auch bei innerkirchlichen Problemen. Friedensthemen und konstruktive Konfliktbearbeitung sind elementare und kirchlich wie theologisch herausragende Themen. Sie müssen darum Schwerpunkte der Aus- und Weiterbildung von PfarrerInnen, DiakonInnen, JugendreferentInnen etc. sein. Friedenstheologie sollte bereits im Studium angeboten werden; in der zweiten Ausbildungsphase der VikarInnen müssen Informationen über Institutionen und Strukturen der landeskirchlichen und EKD-weiten Friedensarbeit ebenso vermittelt werden wie ein Grundwissen (bspw. über Methoden konstruktiver Konfliktbearbeitung oder die reale friedenspolitische Relevanz religiöser Akteure auf nationaler wie internationaler Ebene). Eine solide Grundlage in diesen Themenfeldern ist unverzichtbar und darf nicht alleine (vereinzelt) persönlichen Neigungen überlassen werden.
8. Ehrenamtliche brauchen mitunter Anregung und Unterstützung, um sich in die kirchliche Friedensarbeit einzubringen. Dies bedeutet auch finanzielle Förderung bei Fortbildungen oder Reisen. Zugleich brauchen sie Ansprech- oder Kooperationspartner, bei denen sie Beratung und Hilfe erfahren. Dies können

gliedkirchliche Friedensbeauftragte sein – sofern sie mit ausreichenden zeitlichen Kapazitäten ausgestattet sind.

9. Kirchengemeinderäte sollten flächendeckend aufmerksam gemacht werden auf Friedensthemen und -initiativen (regional, landeskirchlich und bundesweit), insbesondere aber auf Möglichkeiten und Ansprechpartner bzgl. konstruktiver Konfliktbearbeitung (von gemeinderelevanten Konflikten). Dazu können die entsprechenden Handbücher für Kirchengemeinderäte genutzt werden, doch könnten auch weiterführende und aktualisierte Materialien bereitgestellt und Informationsveranstaltungen angeboten werden. Dafür bieten sich landeskirchliche Arbeitsstellen für Friedensarbeit an – sofern sie mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind.
10. Zur Sensibilisierung für Friedensthemen, zugleich aber auch als Beitrag zu friedenspolitischen Debatten in Kirche, Gesellschaft und Politik stehen kirchliche Medien in der Pflicht, die kirchliche Friedensarbeit in ihrer ganzen Bandbreite viel mehr wahrzunehmen und durch Berichterstattung unterstützen.
11. Frieden und konstruktive Konfliktbearbeitung müssen verstärkt in den Religions- und Konfirmationsunterricht und in entsprechende Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden. Gerade bei Jugendlichen ist es wichtig, dadurch einem Zerrbild von Kirche bzw. Religionen entgegenzuwirken, das durch die mediale Berichterstattung vermittelt wird – mit allen fatalen Folgen für die individuelle und gesellschaftliche Meinungsbildung.
12. Die kirchliche Friedensforschung sollte ausgebaut werden. Eine religionsbezogene Friedens- und Konfliktforschung, die zugleich einen Transfer zwischen Wissenschaft, Kirche, Friedensorganisationen, Gesellschaft und Politik leisten soll, muss mit mindestens drei Vollstellen bestückt sein.
13. Wenn die „Bündelung und Stärkung“ der kirchlichen Friedensarbeit den gewünschten Erfolg hat, wenn sie also an Sichtbarkeit gewinnt und öffentliches Interesse erfährt, wenn kirchliche Expertise zu Frieden und konstruktiver Konfliktbearbeitung nachgefragt wird ... – dann wird damit natürlich auch ein höherer Arbeitsaufwand verbunden sein. Dann muss dem ersten auch der zweite Schritt folgen, was bedeutet, weitere Mittel für diesen Arbeitsbereich bereit zu stellen. Dies betrifft insbesondere die vielen kirchlichen und kirchennahen Frie-

densorganisationen und ihre Dachverbände und die Förderung der von ihnen bereitgestellten Bildungsangebote. So kann und muss der eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt und nachhaltig friedenspolitisch Einfluss genommen werden in Kirche, Politik und Gesellschaft.

D Schlussbemerkung

Krieg und Gewalt sind ein Top-Thema in Politik und Gesellschaft – Frieden muss ein Top-Thema der Kirchen werden. Die Kirchen im Raum der EKD müssen sich *jetzt* überlegen, ob sie in Zukunft Motor und (Mit-)Gestalterin einer neuen (und dringend notwendigen) Friedensbewegung breiter Bevölkerungsteile sein wollen – oder ob sie weitgehend darauf verzichten, ihr christliches Friedenszeugnis einzubringen und ihren Einfluss geltend zu machen. Friedenspolitik ist nicht nur ein zentrales und hoch aktuelles Politikfeld; es ist auch ein Politikfeld, in dem Kirche ihre Kompetenz, ihr theologisches Profil, ihre ethische bzw. politische Glaubwürdigkeit und nicht zuletzt ihre gesellschaftliche Relevanz unter Beweis stellen kann. Aus theologischen Gründen, aber auch angesichts eines beobachtbaren gesellschaftlichen Bedeutungsverlustes dürfen die Kirchen dieses Politikfeld nicht vernachlässigen oder gar (faktisch) aufgeben – ganz im Gegenteil: umso mehr muss es beachtet werden!

Wie soll, wie wird die Kirche morgen aussehen? Jörg Zink antwortete auf diese Frage schon im Jahr 1995: „Der Friede auf Erden wird in einem ganz anderen Maß auch zu einer Aufgabe der Kirche werden als bisher. Wir werden ihm dienen in weit größerer Unabhängigkeit von den Interessen unseres Staates oder anderer Staaten. Und wir werden neue Formen unseres Eintretens für den Frieden finden müssen. Da gibt es bereits beachtliche Anfänge. Die Gerechtigkeit auf dieser Erde wird sich zu einer der zentralen Aufgaben der Kirche entwickeln. Und auch hier werden wir viel unbekümmerter auch gegen unsere eigenen deutschen wirtschaftlichen Interessen

denken und reden und handeln müssen als bisher.“⁷

Die Kirchen sind auf dem besten Wege, die beachtlichen Anfänge im Keim zu ersticken. Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind und bleiben die drängenden Probleme der Zeit. Die Kirche muss mutig vorangehen, muss prophetisch und konsequent sein – so verstehen wir Leben, Lehre und die Friedensbotschaft Jesu. Andernfalls wird Kirche hinterherhinken, unglaubwürdig, schwach und gesellschaftlich irrelevant. Das darf nicht die Kirche des 21. Jahrhundert sein.

Jetzt werden Weichen gestellt, und jetzt muss sich die Ernsthaftigkeit des kirchlichen Friedensbekenntnisses und -anspruches beweisen. Welche Kirche wollen wir?

Kontakt:

Markus Weingardt: markusweingardt@web.de

Renke Brahms: brahms@kirche-bremen.de

Horst Scheffler: horstheinzscheffler@gmx.de

⁷ Jörg Zink: Die evangelische Kirche auf ihrem Weg ins 21. Jahrhundert. Vortrag am 14.10.1995, Stuttgart.

